



**Niederschrift der Sitzung des Stadtrates
am Mittwoch, 12.09.2018 von 18:00 bis 21:39 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal, Rathaus am Stadtpark**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Marlies Preuth	CDU	
---------------------	-----	--

stellv. Vorsitzende/r

Herr Christoph Böhmann	CDU	
------------------------	-----	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Eike Baran	SPD	
Herr Jonas Bickschlag	CDU	
Frau Kerstin Bruns	CDU	
Frau Melanie Buhr	SPD	
Frau Heike de Buhr	SPD	
Frau Silke Diekhaus	CDU	
Herr Olaf Eilers	SPD	
Herr Stefan Fuhler	CDU	
Frau Renate Geuter	SPD	
Herr Thomas Höffmann	SPD	
Herr Bernhard Kramer	CDU	
Herr Karl-Heinz Krone	CDU	
Herr Dr. Matthias Lamping	CDU	
Herr Hans Langen	CDU	
Herr Dennis Löschen	SPD	
Herr Heinz Lübbers	SPD	
Herr Christian Reiners	CDU	
Herr Jan-Gert Roter	CDU	
Herr Martin Roter	CDU	
Herr Hubert Schrand	SPD	
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	
Herr Andreas Taming	FDP	
Frau Pia van de Lageweg	SPD	
Frau Marianne von Garrel	CDU	
Herr Bernd Wichmann	CDU	

Beratende Mitglieder

Sandra kleine Stüve	Gleichstellungsbeauftragte	
---------------------	----------------------------	--

Verwaltung

Frau Annegret Brunemund-Rumker	Fachbereichsleiterin	
Frau Heidrun Hamjediers	Erste Stadträtin	
Herr Karsten Vahl	Kämmerer	

Schriefführer/in

Frau Sabine Dedden		
--------------------	--	--

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Sönke Baumdick	SPD	entschuldigt
Herr Frank Böckmann	CDU	entschuldigt
Herr Wilhelm Bohnstengel	SPD	entschuldigt
Herr Hans Meyer	SPD	entschuldigt
Herr Gerd Stratmann	CDU	entschuldigt

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ratsvorsitzende Marlies Preuth eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ratsmitglieder, insbesondere Pia van der Lageweg, die für den ausscheidenden Ratsherrn Ludger Beelmann in den Rat nachrücken wird, die Teilnehmer der Verwaltung, die Pressevertreter sowie die zahlreichen Gäste im Publikum.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ratsvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfassung des Rates fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende teilt mit, dass sich Ratsfrau Geuter und Ratsherr Bickschlag ein wenig verspäten.

Sodann stellt der Rat die Tagesordnung gem. Einladung fest.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift (öffentlicher Teil) über die letzte Sitzung des Stadtrates am 20.06.2018 wird einstimmig genehmigt.

**TOP 5 Feststellung des Verlustes eines Ratsmandates und dessen Nachbesetzung
Vorlage: BV/253/2018**

Ratsfrau Geuter trifft um 18:06 Uhr ein.

Der Rat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Verlust des Sitzes im Rat der Stadt Friesoythe ab dem 12. September 2018 für den Ratsherrn Ludger Beelmann, Über dem Worberg 6, Mittelsten-Thüle, 26169 Friesoythe, wird gem. § 52 Absatz 1 lfd. Nr. 1 i.V. mit Absatz 2 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes festgestellt.

Weiter wird festgestellt, dass der frei werdende Sitz auf den Bewerber des Wahlvorschlages der SPD übergeht, der nach Liste als nächster Bewerber in den Rat nachrückt (§36 Nds. Kommunalwahlgesetz) und das Mandat annimmt.

**TOP 6 Pflichtbelehrung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
Vorlage: BV/254/2018**

Ratsvorsitzende Preuth begrüßt nochmals Frau Pia van de Lageweg und bittet den Bürgermeister um Vornahme der förmlichen Verpflichtung.

Bürgermeister Stratmann bedankt sich beim Ratsherrn Beelmann für seine Tätigkeiten im Rat der Stadt Friesoythe.

Sodann erfolgt die förmliche Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Pia van de Lageweg gem. § 60 NKomVG durch Bürgermeister Stratmann.

Ratsherr Krone begrüßt und beglückwünscht die neue Ratskollegin van de Lageweg und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit hier im Stadtrat.

**TOP 7 Neubesetzung der Ausschüsse gem. § 71 NKomVG
Vorlage: BV/255/2018**

Ratsherr Bickschlag nimmt ab 18:08 Uhr an der Ratssitzung teil.

Die Ratsvorsitzende bittet die Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion um Mitteilung, wie die durch das Ausscheiden des Ratskollegen Beelmann frei gewordenen Positionen künftig besetzt werden sollen.

Der Rat stimmt dem Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion zu und beschließt einstimmig folgende Ausschuss-Besetzungen:

Folgende Veränderungen der Besetzung der Ausschüsse werden festgestellt:

- Ausschuss für Wirtschaft, Soziales und Gesundheit – Ratsfrau van de Lageweg
- Planungs- und Umweltausschusses – Ratsfrau van de Lageweg
- Mitglied in der Mitgliederversammlung der Gremien des Nds. Städte- und Gemeindebundes – Ratsfrau Geuter
- Stellvertretendes Mitglied im Zweckverband IIK und der c-Port-Hafen-Besitz GmbH – Ratsherr Lübbers

Die Neubesetzung der Ausschüsse wird festgestellt.

TOP 8 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt, insbesondere über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Bürgermeister Stratmann berichtet, dass seit der letzten Ratssitzung und Verwaltungsausschusssitzung noch nicht viel Zeit vergangen sei. Der Bericht der Verwaltung beschränke sich deshalb auf wenige Punkte.

Erste Stadträtin Hamjediers geht auf die öffentlich geäußerte Kritik ein, dass die Verwaltung noch kein zentrales Vergabesystem für die Kindertagesstätten eingeführt habe. Sie erinnert an die Sitzung im März, bei der sie erklärt habe, dass die Abstimmung mit der Kath. Kirche St. Marien noch ausstehe. Dies sei mittlerweile erfolgt, so dass das Programm jetzt angeschafft werde und im kommenden Jahr erstmals zum Einsatz komme.

Klarstellend erläutert die Erste Stadträtin, dass das Programm die interne Abstimmung zwischen den Kindertagesstätten erleichtere und der Verwaltung detaillierte Informationen über die Belegsituation liefern werde. Ein Zusammenhang mit der aktuellen Situation – also dass es zu wenig KiTa-Plätze gibt – bestehe aber nicht.

Bürgermeister Stratmann erinnert an die letzte Sitzung des Ausschusses für Jugend, Sport, Kultur und Freizeit. Ein Ratsmitglied habe sich dort despektierlich über die Verwaltungsmitarbeiter ausgelassen, was er so nicht stehen lassen könne. Ihm sei mehrfach aus der Belegschaft gespiegelt worden, dass man über die Aussagen „dass Menschen aus dem wirklichen Leben die Arbeit besser machen können“ und „dass trotz eines Rathauses voller hauptamtlicher Mitarbeiter nur so ein Vorschlag herauskomme“ enttäuscht und entsetzt sei. Es sei gut, wenn diese Situation heute bereinigt werden könnte, indem das entsprechende Ratsmitglied sich entschuldige. Abschließend erinnert Bürgermeister Stratmann an das bevorstehende Eisenfest und lädt alle Ratsmitglieder herzlich ein, das Fest zu besuchen.

Die Erste Stadträtin ergänzt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohnehin verunsichert seien, weil nicht erkennbar sei, was die politischen Gremien – insbesondere die Mehrheitsfraktion – erwarten. Auch die sehr umfangreichen Anfragen zu einigen Themen seien irritierend, zumal, wenn keine Zielsetzung erkennbar sei. Sie erinnert daran, dass alle Kolleginnen und Kollegen Ihre Auf-

gaben mit Engagement und Fachkompetenz wahrnehmen und es für Verwaltungsmitarbeiter selbstverständlich sei, dabei neutral zu bleiben und sich an den sachlichen Gegebenheiten zu orientieren. Sie bittet den Rat, dies auch entsprechend anzuerkennen.

Die Gleichstellungsbeauftragte, so die Erste Stadträtin weiter, habe ihr von einer Anfrage eines Ratsmitgliedes berichtet, der die Verfahrensgänge bei Personaleinstellungen erläutern möchte. Sie bittet darum, solche Anfragen an sie als zuständige Stelle zu richten. Die Gleichstellungsbeauftragte sei nur eine im Verfahren zu beteiligende Instanz und könne und werde natürlich zu dieser Frage keine Auskünfte geben.

Die Ratsvorsitzende bedankt sich für die Berichte und fragt an, ob es hierzu Fragen gibt.

Ratsherr Wichmann bezieht sich auf die Aussagen des Bürgermeisters zum Umgang mit den Verwaltungsmitarbeitern in der letzten Sitzung des Ausschusses für Jugend, Sport, Kultur und Freizeit. Er habe den Eindruck, dass nur der Berichtersteller einer Zeitung diesen Satz so gehört habe. Auf jeden Fall sei der Satz aus dem Zusammenhang gerissen wieder gegeben worden. Offenbar hätten weder der Bürgermeister noch die Erste Stadträtin dies in der Sitzung selbst so aufgefasst, sonst wären unmittelbare Reaktionen die logische Folge gewesen.

Weiter stellt Ratsherr Wichmann klar, dass er mit den „Menschen aus dem wirklichen Leben“ die hinzugewählten Ausschussmitglieder gemeint habe. Dieser Passus sollte auch der Abgrenzung zu den WiBeF-Gremien dienen. Er habe die Arbeit der Stadtverwaltung, insbesondere die der Mitarbeiter, in keiner Weise schlecht darstellen wollen.

Bezogen auf das zweite Zitat könne er nicht nachvollziehen, wer diese Worte gesagt haben soll. Dies sei dann noch zu klären.

Grundsätzlich halte der die Berichterstattung über die Fachausschuss-Sitzung für bedauerlich, weil sie tendenziell war und Dinge aus dem Zusammenhang gelöst dargestellt habe. Ihm habe keines der anwesenden Ratsmitglieder bestätigt, dass er sich, wie in der Presse dargestellt, geäußert habe.

Abschließend erklärt Ratsherr Wichmann, dass er es bedauere, wenn bei den Verwaltungsmitarbeitern ein solcher Eindruck entstanden sei. Sollte dem so sein, entschuldige er sich natürlich.

Die Erste Stadträtin erklärt, der vom Bürgermeister beschriebene Eindruck sei sehr wohl entstanden, und zwar nicht bei ihr allein. Im Nachhinein wäre es sicherlich richtiger gewesen, man hätte dies in der Sitzung unmittelbar angesprochen. Sie persönlich sei aufgrund der getroffenen Wortwahl in diesem Augenblick aber so betroffen gewesen, dass sie den Raum verlassen habe, um ihre Fassung wieder zu erlangen.

Abschließend erklärt die Erste Stadträtin, dass sie die Entschuldigung des Ratsmitgliedes Wichmann natürlich, auch im Namen der Belegschaft, annehme. Es sei gut, dass die Angelegenheit damit geklärt und ausgeräumt sei.

TOP 9 Mitteilungen des Bürgermeisters, insbesondere Mitteilung zur Finanzlage der Stadt

Der Bürgermeister berichtet, dass die finanzielle Situation der Stadt Friesoythe nach wie vor nicht rosig sei, gemessen am Haushalt 2018 bewege man sich aber in geordneten Verhältnissen. Derzeit werde der Haushalt 2019 vorbereitet, in dem einige größere Projekte abzubilden sein werden. Im Oktober würden dann die ersten Beratungen in den Fachausschüssen zum Thema Haushalt stattfinden.

Weiter verweist der Bürgermeister auf die Diskussionen um die Kreisumlage. Die Stadt habe gegen den Kreisumlagen-Bescheid fristwährend Widerspruch eingelegt, die Begründung werde jetzt nachgereicht.

Zu diesem Berichtspunkt gibt es keine Nachfragen.

TOP 9.1 I. Nachtragshaushaltssatzung 2018
Vorlage: MV/191/2018

Auf Nachfrage der Ratsvorsitzenden ergeben sich keine weiteren Fragen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 10 Annahmen von Spenden an die Stadt Friesoythe
Vorlage: BV/237/2018

Bürgermeister Stratmann bedankt sich bei den heimischen Sponsoren, die die Eisenstadt-Rallye 2018 unterstützen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Spenden

- der Firma Hilker GmbH & Co. KG, Böseler Straße 46, 26169 Friesoythe, in Höhe von 5.000,00 €,
- der Öffentlichen Versicherung Oldenburg, Geschäftsstelle Friesoythe, Moorstraße 18, 26169 Friesoythe, in Höhe von 2.000,00 €,
- der Firma Schumacher Systemtechnik GmbH, Altenoythe, Gewerbepark Pirgo I 17, 26169 Friesoythe, in Höhe von 1.000,00 €,
- der Chiropraxis Sharaf Beitar, Heinrich-von-Oytha-Straße 1, 26169 Friesoythe, in Höhe von 800,00 €,
- der Firma Meemken Wurstwaren GmbH & Co. KG, Gehlenberg, Im alten Haferland 1, 26169 Friesoythe, in Höhe von 500,00 €,
- der Firma EURONICS XXL, Emsstraße 2, 26169 Friesoythe, in Höhe von 1.000,00 €,
- der Firma GS agri eG, Raiffeisenstraße 4, 49685 Schneiderkrug, in Höhe von 1.000,00 € werden angenommen.

TOP 11 Zukunft der Grundschule Neuscharrel
Vorlage: BV/195/2018

Die erste Stadträtin erklärt, dass der Vorschlag aus dem Fachausschuss zwar noch nicht zum Beschluss erhoben sei, der Ortsvorsteher aber bereits aktiv geworden sei um ein Konzept für die Grundschule Neuscharrel zu erarbeiten.

Der Ortsvorsteher habe die Verwaltung um ein Gespräch gebeten, wie weiter vorgegangen werden könne. Dies habe sie leider ablehnen müssen, weil die Verwaltung – wie der damalige Elternratsvorsitzende der Grundschule Neuscharrel in seiner Stellungnahme richtig festgestellt habe – Fragen zur Lehrerversorgung oder zu pädagogischen Inhalten nicht beantworten könne. Sie habe deshalb um konkrete Fragen gebeten, die sie natürlich auch soweit möglich beantwortet habe.

Die kommissarische Leiterin der Grundschule Neuscharrel habe offiziell bei der Landesschulbehörde um eine fachliche Beratung nachgesucht. Die Landesschulbehörde wiederum möchte das Gespräch nur zusammen mit dem Schulträger führen. Da dies ein offizielles Verfahren ist, werde die Verwaltung natürlich teilnehmen.

Ratsherr Fuhler berichtet, dass die Landesschulbehörde die Beantwortung von Fragen zum Schulträger schiebt und der Schulträger zur Landesschulbehörde. So komme man nicht weiter. Ratsherr Fuhler erzählt vom Besuch einer kleinen Grundschule in der Nähe von Clausthal-Zellerfeld. Die Grundschule dort ist die kleinste Grundschule in Deutschland. Der Ortsteil von Clausthal-Zellerfeld hat wie Neuscharrel ca. 900 Einwohner. Die Schule wird viertelzünftig geführt,

eine Veränderung zur Halbzügigkeit ist nicht in Sicht. Die dortige Bürgermeisterin habe erklärt, dass man an diesem Schulstandort auf jeden Fall festhalten werde, um das Dorf zu stärken. Ratsherr Fuhler erhofft sich von dem Termin mit der Landesschulbehörde neue Erkenntnisse.

Ratsherr Krone verweist darauf, dass sich die CDU-FDP-Fraktion bereits im Fachausschuss durch den Beschlussvorschlag, der heute zur Abstimmung stehe, positioniert habe.

Ratsherr Schrand ist irritiert, dass im Dorf Neuscharrel Eltern unter Druck gesetzt worden sind, weil sie ihre Kinder in einem anderen Ort zur Schule angemeldet haben. Er berichtet weiter, dass die Leiterin der Grundschule Gehlenberg in einem persönlichen Gespräch berichtet habe, dass sich das Kollegium dort trotz der ungünstigen Versorgung mit Lehrerstunden gut auf die Situation eingestellt habe. Sollte es sich abzeichnen, dass die Grundschule Neuscharrel geschlossen wird, seien alle Kinder aus Neuscharrel in Gehlenberg herzlich willkommen.

Ratsfrau Geuter fügt hinzu, dass die SPD-Fraktion bereits 2008 einen Antrag gestellt hätte, sich mit der Thematik „Kleine Grundschulen“ zu befassen. Diese Chance auf eine frühzeitige Konzeptentwicklung sei vertan worden. Im Schulausschuss wurde der jetzt zu entscheidende Tagesordnungspunkt intensiv besprochen. Sie könne ihre damaligen Aussagen nur nochmals bekräftigen: Es könne nicht sein, dass Eltern die Schullandschaft gestalten und Lösungen für ihre Kinder entwickeln müssen. Sie warnt davor, dass die Erwartungen der Eltern, die an dem Schulstandort Neuscharrel festhalten, nicht erfüllt werden können.

Insbesondere findet es Ratsfrau Geuter schade und nicht ehrlich, dass einige Ratsmitglieder in einer nicht öffentlichen Sitzung völlig andere Aussagen treffen als z.B. hier in öffentlicher Ratssitzung. Es sei eine Illusion, dass man bis zum Jahresende gesichert feststellen kann, dass die Grundschule Neuscharrel gesichert halbzügelig wird. Mit dem Beschluss halte man die Unsicherheit bei Eltern, Kindern und Lehrkräften aufrecht.

Ein Zwischenruf vom Schulelternratsmitglied Gerd Meemken unterbricht den Beitrag von Ratsfrau Geuter. Die Ratsvorsitzende unterbindet dies.

Ratsfrau Geuter bittet alle Ratsmitglieder, die heutige Diskussion ehrlich zu führen. An die CDU-FDP-Fraktion gerichtet stellt sie folgende Frage: Der Ortsvorsteher Fuhler habe gerade von einer gut funktionierenden viertelzügigen Grundschule gesprochen. Der Beschlussvorschlag beinhalte aber ganz eindeutig die Halbzügigkeit als Maßstab. Es stelle sich also die Frage, ob auch eine Viertelzügigkeit von der Mehrheitsfraktion mitgetragen werde.

Ratsherr Krone bestätigt, dass seine Fraktion zu dem Beschlussvorschlag aus dem Fachausschuss stehe. Er dankt dem Ortsvorsteher für sein Engagement.

Dieser erläutert, die Schule bei Clausthal-Zellerfeld sei nur ein Beispiel.

Ratsherr Lamping lobt das Engagement des Ratsherrn Fuhler. Er habe große Achtung vor dessen Einsatz, weil es ein schwieriges Thema sei und die Akteure vor Ort alles versuchen, um den Schulstandort Neuscharrel zu retten.

Ratsherrn Tameling ist genauso wie Herrn Schrand zugetragen worden, dass die Eltern in Neuscharrel unter Druck gesetzt worden sind. Ihm sei sogar von Ausschlüssen aus örtlichen Vereinen berichtet worden. Daher werde er sich der Abstimmung enthalten.

Ratsherr Höffmann meint, dass es auch andere Ortsteile gäbe, die über keinen eigenen Schulstandort mehr verfügen, wo aber trotzdem ein sehr reges Dorf- und Gemeinschaftsleben stattfindet. Als Beispiel nennt er Kamperfehn.

Ratsherr Eilers hält die Haltung der CDU-Fraktion für feige. Er schlage sogar vor, die Schulschließung zu forcieren, z.B. zum Ende des Schulhalbjahres. Es sei Träumerei zu denken, dass die

Kinder, die bereits an die Grundschule Gehlenberg gewechselt sind, wieder nach Neuscharrel zurückkommen.

Ratsfrau Buhr erinnert daran, dass die CDU-Fraktion bei Schulthemen häufig mit dem „Elternwillen“ argumentiere. Es stelle sich für sie die Frage, was darunter zu verstehen sei. Die Eltern der Neuscharreler Grundschule hätten doch ein sehr deutliches Zeichen gegen eine viertelzügige Grundschule gesetzt, nur noch ein Fünftel der Schüler sei dort verblieben.

Ratsherr Wichmann erläutert dazu, dass die Berücksichtigung des Elternwillens immer voraussetze, dass es für die Eltern auch eine Wahlmöglichkeit gibt. Eltern würden sich sehr individuell entscheiden, und zwar mit Blick auf das eigene Kind.

Ratsherr Wichmann macht den Vorschlag, bis zum Ende des Jahres abzuwarten, ob man mit redlichen Mitteln ein Konzept findet, um die Halbzügigkeit der Grundschule Neuscharrel zu sichern. Ihm sei durchaus bewusst, dass der aktuelle Zustand keine dauerhafte Lösung ist. Sollte keine Änderung herbeigeführt werden können, ergibt sich aus dem Beschluss die Schließung der Schule zum nächsten Schuljahr als Automatismus. Der Beschlussvorschlag sei bewusst unter einer auflösenden Bedingung formuliert worden.

Für Ratsherr Baran ist der Elternwille sehr wichtig. Als Lehrer hingegen frage er sich, was so eine Situation dem einzelnen Kind bringt. Er ist davon überzeugt, dass die Eltern immer im Sinne ihres Kindes entscheiden. Man müsse aufpassen, dass man mit dem Vorschlag von Ratsherrn Wichmann keine Einzelbeschulung als mögliche Alternative heraufbeschwört. Die Eltern der fünf Kinder, die jetzt noch an der Grundschule Neuscharrel beschult werden, finden die Situation sicherlich sehr gut, weil die jeweiligen Lehrkräfte in Kleinstgruppen unterrichten können. „Flächendeckend“ könne man das aber nicht anbieten.

Ratsherr Wichmann widerspricht mit der Aussage, er habe nur die Frage von Frau Buhr beantwortet.

Ratsherr Baran fragt noch einmal konkret nach, was passieren müsste, damit man die Grundschule in Neuscharrel nicht schließen muss, wie das der Beschlussvorschlag ja beinhaltet. Er sieht auch mit ganz viel Optimismus nicht, dass man die Schule retten kann.

Ratsherr Fuhler widerspricht den Aussagen, dass die fünf Kinder an der Grundschule Neuscharrel nicht vernünftig unterrichtet werden. Er räumt ein, dass der derzeitige Zustand keine Zukunft hat.

Ratsfrau Diekhaus teilt mit, dass sie mit der Schulleiterin der Grundschule Gehlenberg gesprochen habe. Diese bittet darum, dass die Abwicklung nicht im „Hau-Ruck-Verfahren“ durchgeführt werden sollte.

Ratsfrau Geuter berichtet, dass man lange mit diesem Thema gerungen habe. Man habe nach Lösungen gesucht, aber diese nicht gefunden. Die Stadt habe als Schulträger laut Schulgesetz die Aufgabe, Entscheidungen zu treffen. Diese Aufgabe könne und dürfe man nicht bei den Eltern „abladen“. Sie könne keinen Ansatz für ein Konzept erkennen, dass eine Schulschließung verhindert.

Der Rat erfasst mehrheitlich einen Beschluss:

Die Grundschule Neuscharrel wird zum Schuljahr 2019/2020 geschlossen, wenn nicht bis Ende 2018 ein nachhaltiges Konzept für eine halbzügige Schule vorliegt.

TOP 12 Einrichtung einer dritten Kindergartengruppe in der Kindertagesstätte St. Monika Gehlenberg Vorlage: BV/232/2018

Erste Stadträtin Hamjediers zeigt sich von der Arbeit im Kindergarten St. Prosper beeindruckt und lobt das bauliche Erweiterungskonzept.

Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Prosper Gehlenberg auf Einrichtung einer dritten Kindergartengruppe wird zugestimmt, soweit eine Förderung durch den Landkreis Cloppenburg und das Bischöfliche Generalvikariat erfolgt. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 56.100,00 € sollen im Haushaltsplan 2019 berücksichtigt werden.

**TOP 13 Neu-/Anbau einer städtischen Kindertagesstätte an der Thüler Str./aquaferrum
Vorlage: BV/235/2018**

Erste Stadträtin Hamjediers knüpft an die Diskussion im Fachausschuss an, wo Kritik geäußert wurde, dass sich die Verwaltung keine alternativen Standorte für die städtische Kindertagesstätte geprüft habe. Sie erklärt, dass die Verwaltung sich an die Beschlusslagen halte, und die hätten im letzten Jahr eindeutig ergeben, dass ein Standort an der Thüler Straße präferiert wird.

Sie zeigt anhand einer Übersichtskarte Flächen auf, die der Stadt Friesoythe gehören, und erläutert kurz die Nutzungen der größeren Areale.

Hinweis: Der Plan ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Stadt Friesoythe, so Erste Stadträtin Hamjediers weiter, hat wenige Flächen, die Entwicklungspotential haben. Aufgrund der Diskussion im Fachausschuss habe sie drei Grundstücke noch einmal etwas näher geprüft, auch wenn sie dafür kein Mandat seitens der Gremien habe. Ihr gehe es darum, die Diskussion und die Entscheidung über den Standort zeitlich zu forcieren. Deshalb habe sie auch die von Ratsmitgliedern (Krone und Weichmann) vorgeschlagenen Gelände der Marienschule und der Ludgerischule in den Fokus genommen, obwohl diese als Standorte für eine KiTa abwegig sind.

Zum Standort Marienschule erklärt die Erste Stadträtin, dass der Streifen neben der Marienschule ca. 1670 m² groß sei. Für den geplanten Kita-Bau benötigt man mindestens 3.000 qm. Sowohl der Grundstücksstreifen als auch das eigentliche Schulgelände sind für eine KiTa also zu klein. Ggfs. habe man ja auch umliegende Flächen bei dem Vorschlag im Sinn gehabt, die seien aber in Privateigentum.

Zur Ludgerischule erklärt die Erste Stadträtin das Gebäude und die Lage. Sie erläutert die rein praktischen Probleme, wenn dort ein weiterer Jahrgang zu Gunsten einer Kindertagesstätte ausgelagert werden soll. Es sei einfach, innovative Ideen zu fordern, schwierig werde es, wie von Rats Herrn Krone vorgeschlagen, das einfach unmöglich sei.

Als größtes städtisches Areal habe sie auch das Gelände Dr.-Niemann-Straße/Großer Kamp Ost geprüft. Von der Größe her käme eigentlich nur der Bereich in Frage, der nun vom Tennisverein frei gemacht werde. Hier sind aber die Zuwegung und die unmittelbare Nähe zum St. Christophorus-Kindergarten problematisch, weshalb das für sie auch keine Option sei.

Augenscheinlich käme für einen Betrachter auch der Bereich zwischen Sporthalle und Elisabethschule in Frage. Diese Fläche sei im Eigentum des Landkreises, der diese dringend für die Erweiterung der Elisabethschule benötige und darüber hinaus eine gemeinsame Lösung mit der Stadt für den Schulbusverkehr anstrebe.

Erste Stadträtin spricht die Ratsmitglieder direkt an und fordert diese auf, der Verwaltung Hinweise zu geben welche Standorte geprüft werden sollen. Bisher könne sie nicht erkennen, welche Prämissen überhaupt gelten sollen. Aus den vorherigen Beratungen wisse sie nur, dass eine Nutzung des Aquaferrum-Gebäudes von der Mehrheitsfraktion kategorisch abgelehnt wird.

Herr Lamping berichtet, er habe alle Beschlussvorlagen gezählt, die seit seinem Eintritt in den Stadtrat vorgelegt wurden. Es seien 449 Beschluss- und Personalvorlagen. In 10 Fällen, das sind 2,2 % aller Vorlagen, wurden Änderungen vorgenommen. Sollte heute der Beschluss ergehen, dass die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmt, bezieht sich das auf 2 Promille der Sachverhalte.

Es macht Ratsherr Lamping fassungslos, dass in der Presseberichterstattung behauptet wird, dass die CDU-Fraktion gegen alles ist was die Verwaltung ausarbeitet. Er führt aus, wie er dies persönlich empfindet.

Ratsherr Lamping stellt fest, dass Demokratie auch Streit aushalten muss. Natürlich auch unter Begleitung von einer fairen und ausgewogenen Berichterstattung. Die CDU möchte gerne gestalten und nicht nur verwalten. Deswegen wird die CDU zum jetzigen Stand der Beschlussvorlage nicht folgen. Seine Fraktion begründet die Entscheidung damit, dass sie nicht die weitere Entwicklungschance des Aquaferrums als Erholungszentrum aufgeben möchte.

Ratsfrau Geuter erinnert daran, dass sich die Gremien schon länger mit dem Thema Kindertagesstätte beschäftigen, um dem gesellschaftlichen und gesetzlichen Auftrag nachzukommen. Sie weist auf die Versäumnisse in der Vergangenheit. Weiter geht sie auf den verzögerten Entscheidungsablauf ein, der von der grundsätzlichen Feststellung des Bedarfs über einige Zwischenschritte in die klare Beschlusslage für eine städtische Kindertagesstätte mit dem Haus für Kinder Scheefenkamp als Vorgängereinrichtung gemündet sei.

Mit der Ausrede, dass man private Kitas unterstützt, könne man sich lt. Ratsfrau Geuter nicht einer finalen Entscheidung entziehen. Ratsfrau Geuter weist noch einmal darauf hin, dass es einen Rechtsanspruch für Kita-Plätze gibt, den Eltern gegenüber den Kommunen gerichtlich geltend machen können. Sie vermisse in der Diskussion alternative Vorschläge seitens der CDU-FDP-Fraktion.

In den WibeF-Gremien sei sehr ausführlich darüber beraten worden, dass die Nachnutzung der Sauna durch den Kita-Anbau die wirtschaftliche Situation deutlich verbessern würde. Für Ratsfrau Geuter ist der eigentliche Beweggrund für die Haltung der Mehrheitsfraktion, dass diese nicht akzeptiert, dass das Thema Sauna gescheitert ist. Es stellt sich für Ratsfrau Geuter die Frage, ob der Aufsichtsratsvorsitzende der WiBeF-GmbH, der den KiTa-Anbau auch als wirtschaftlich beste Lösung bezeichnet habe, die ablehnende Haltung seiner Fraktion teile. Dies müsse wg. der Abwesenheit des Ratskollegen leider ungeklärt bleiben.

Ratsherr Eilers findet die Ausführungen von Herrn Lamping verwirrend. Heute sei das Thema dringend zu schaffender KiTa-plätze zu besprechen, und nicht abgelehnte Beschlüsse im Promillebereich. Der Aufsichtsratsvorsitzende Böckmann habe sich seinerzeit bezüglich der Kita im Aquaferrum positiv positioniert. Er macht nochmals dringlich darauf aufmerksam, dass der WiBeF die Insolvenz droht. Die Nachnutzung der Sauna mit dem Bau der Kita ist eine kostengünstige und sinnvolle Planung und Investition. Man kann so zwei Probleme gleichzeitig lösen.

Ratsherr Lamping geht noch einmal auf den Standort der Kita ein. Der Vorschlag wäre auch am 13.06.2018 vorgestellt worden. Es fehle einfach Zeit, genügend Beratungsgespräche führen zu können. Abschließend liest er aus mehreren Protokollen der einzelnen Gremien vor und zitiert einige Ratsmitglieder.

Ratsherr Wichmann führt aus, dass eine Weiterführung der Sauna laut gefassten Beschluss nicht erfolgt. Er erinnert an die Aufgabenstellung für Ratsmitglieder und begrüßt es, dass so viele Zuhörer heute anwesend sind, die Demokratie somit transparent miterleben können.

Die Kindertagesstätte beim Aquaferrum hat für ihn keine Nachhaltigkeit. Ratsherr Wichmann weist auf mehrere Möglichkeiten bezüglich eines Neubaus einer Kita hin. Zudem habe der Rat sehr wohl Beschlüsse gefasst um dem Mangel an Plätzen zu begegnen.

Bedauerlich findet Ratsherr Wichmann, dass der Ausschussvorsitzende dieses nicht bemerkt hat. Ratsherr Baumdick habe der CDU vorgeworfen, dass ein $\frac{3}{4}$ Jahr Arbeit der Verwaltung zunichtegemacht worden sei, obwohl der Auftrag einstimmig erteilt worden sei.

Ratsherr Wichmann erinnert daran, dass das Aquaferrum als Standort für die KiTa bislang nicht vorgestellt worden sei. Es folgen weitere Ausführungen zum bisherigen Verfahren.

Ratsherr Wichmann regt an, die Kitas in der Nähe von Baugebieten zu bauen, damit die Eltern kurze Wege haben. Er macht klar, dass aus seiner Sicht keine Eile geboten ist, weil der Kindergarten Scheefenkamp noch einen Nutzungsüberlassungsvertrag bis zum Ende des Kindergartenjahres 2019/2020 hat. Der Bedarf von 86 Kindergartenplätzen ist somit angeschoben worden und es

freut Ratsherrn Wichmann, dass die Verwaltung gerade einen neuen Vorschlag unterbreitet hat, wo man eine neue Kita bauen könne.

Weiter ist Ratsherr Wichmann der Ansicht dass die Kommunen die privaten Kindergärten mit in die Bedarfsplanung aufnehmen dürfen.

Ratsherr Höffmann geht noch einmal auf die Statistik vom Ratsherr Lamping ein und gibt ihm Recht, dass nur wenige Beschlüsse abgelehnt wurden. Aber gerade diese Beschlüsse seien wegweisend und entscheidend für das Fortkommen der Stadt gewesen. Die SPD-Fraktion hätte den Eltern gerne einen schönen und finanzierbaren Kindergarten vorstellen wollen. Das Baukonzept sei gut und schlüssig. Es gebe eine gute Verkehrsanbindung, eine große Küche und eine frühfördernden Schwimmunterricht. Ratsherr Höffmann ist enttäuscht, dass die Mehrheitsfraktion keine alternativen Vorschläge vortragen könne.

Ratsherr Bickschlag wundert sich sehr darüber, dass die SPD-Fraktion des Öfteren von einem pädagogischen Konzept gesprochen hat. Er selbst und die CDU-Fraktion haben keine Information darüber erhalten. Ratsherr Bickschlag möchte umgehend informiert werden, wenn ein solches Konzept vorliegen sollte.

Erste Stadträtin Hamjediers stellt fest, dass die Verwaltung immer noch einen Auftrag für die Erbauung einer Kita auf dem Soestenplatz hat. Sie sei davon überzeugt, dass dieses Baukonzept für die Nachnutzung der Sauna ein Glücksgriff ist.

Bürgermeister Stratmann zitiert aus dem Protokoll der letzten WiBeF Aufsichtsratssitzung, wo eindeutig festgestellt wurde, dass es jetzt gelte Schaden von der Stadt und der WiBeF abzuwenden.

Er fasst die Beschlusslage wie folgt zusammen:

1. Der Kita-Bau für den Galgenberg ist 2017 abgelehnt worden, wobei die Entlastungsstraße das Argument war.
2. Das Gelände am Aquaferum hinter dem Außenbereich Richtung Süden wurde wg. der unmittelbar angrenzenden B 72 als weniger geeignet eingestuft.
3. Der Soestenplatz hatte die höchste Priorität.

Trotz mehrfacher Nachfragen sind bis heute keine alternativen Vorschläge zum Standort gemacht worden. Die in den letzten Wochen genannten Standorte Marienschule oder Ludgerischule kommen nicht in Frage. Der Standort Straßenmeisterei steht vor 2024 nicht zur Verfügung.

Zu den genannten „Gefahrenpunkten“ erläutert der Bürgermeister, dass alle Außenbereiche von Kindertagesstätten einzufrieden sind.

Zum Aquaferum erklärt er, dass es sich wohl hinreichend deutlich gezeigt habe, dass eine „Wellness-Oase“ nicht der richtige Weg ist um die Einrichtung nach vorne zu bringen. Für ihn sei die Option dort eine Kindertagesstätte anzuschließen immer noch die beste Alternative.

Ratsfrau Buhr fordert unbedingt weitere Krippenplätze.

Ratsfrau Geuter fügt hinzu, dass die Stadt eine Kindertagesstätte nicht nur für einen kurzfristigen Bedarf baue, deshalb sei ein zentraler Standort richtig. Zu den privaten Einrichtungen wiederholt sie ihre Vorbehalte. Die SPD-Fraktion werde den Beschlussvorschlag der Verwaltung deshalb unterstützen.

Ratsherr Lübbers führt aus, dass er die Statistik von Ratsherr Lamping unpassend findet. Zum Standort fragt er sich, was den Unterschied macht, den Bau am Soestenplatz zu befürworten und den Platz am Aquaferum, nur 50 m weiter entfernt, als ungeeignet einzustufen. Er favorisiere den Anbau beim Aquaferum.

Ratsherr Krone bemerkt, er könne sich an dem Standort auch ein Bewegungsbad vorstellen, wobei die Saunaräume zu Umkleiden umgebaut werden könnten.

Erste Stadträtin Hamjediers erläutert, dass die Kritik daran, dass die Verwaltung überhaupt einen Vorschlag gemacht habe, unpassend sei. Genau das sei Aufgabe der Verwaltung nach dem Nds. Kommunalverfassungsgesetz. Das Dilemma liege hier beim Aquaferum, dessen Perspektiven offensichtlich sehr unterschiedlich beurteilt werden. Sie bittet die Mehrheitsfraktion eindringlich, der

Verwaltung einen Planungsauftrag zu erteilen, damit die Verwaltung endlich den Bau einer Kita vorantreiben kann. Die Verwaltung müsse zumindest ansatzweise wissen, welche Vorgaben der Rat für den Standort gebe. Im Grunde sei dies im letzten Jahr umfassend diskutiert und entsprechend beschlossen worden. Man stehe den Eltern und dem Personal gegenüber im Wort, weshalb ein ggfs. neuer Prüfungs- oder Planungsauftrag wichtig sei.

Ratsherr Krone findet den neuen Vorschlag beim Christopherus-Kindergarten gut. Erste Stadträtin entgegnet, dass dies auf keinen Fall ein Vorschlag der Verwaltung war. Sie habe vielmehr die einzige freie städtische Fläche benannt, die dafür überhaupt in Frage komme. Sie persönlich halte den Standort für falsch.

Bürgermeister Stratmann spricht Ratsherrn Krone direkt an und bemerkt, dass dieser vor ein paar Wochen noch im Ausschuss den Vorschlag gemacht habe, das Areal bei der Tennishalle als Wohngebiet auszuweisen. Jetzt aber soll hier in sichtbarer Nähe zum Christopherus-Kindergarten eine neue städtische Kita gebaut werden, was, aus seiner Sicht, nicht nachvollziehbar sei.

Ratsherr Jan-Gert Roter macht eine Anmerkung zum pädagogischen Konzept. Er fragt sich, warum anscheinend die SPD bereits davon Kenntnis erhalten hat.

Ratsherr Baran spricht sich dafür aus, dass man den Standort einer Kita nicht an der Wohnbebauung festmachen kann.

Ratsherr Tameling findet das Zeitfenster von fünf Tagen seit Übersendung der Vorlage für zu knapp bemessen, um heute eine vernünftige Lösung zu finden. Man hätte sich nicht intensiv mit diesem Beschluss beschäftigen können. Schließlich sollten solche wichtigen Angelegenheiten konstruktiv ausdiskutiert werden.

Ratsfrau Geuter beantragt eine namentliche Abstimmung für diesen TOP.

Bürgermeister Stratmann fasst noch einmal zusammen, dass 60 Kinder keinen Kindergartenplatz haben und dass die Verwaltung nun den Eltern diese Mitteilung überbringen muss. Lt. Beschlusslage müsste jetzt der Soestenplatz als Standort angenommen werden. Sollte dem nicht so sein, bittet er den Rat um einen klaren Auftrag.

Ratsfrau Diekhaus stellt die Frage, ob man denn auf dem Soestenplatz nun jetzt schon bauen könne. Erste Stadträtin Hamjediers berichtet, dass sie gestern den Bericht des Gutachters übersandt bekommen hätte. Der eingeschaltete Fachingenieur sehe gute Chancen, die Sanierung und den Neubau der KiTa parallel voranzubringen. Dies sei zwar nicht so einfach, als würde keine Sanierung stattfinden, es sei aber machbar.

Ratsherr Lübbers erklärt, dass die Thüler Straße gem. der Argumentation von Ratsherr Wichmann doch ungeeignet sei als Standort. Gleichzeitig wünscht er sich von der Mehrheitsfraktion einen Vorschlag, wo die Kita gebaut werden sollte.

Ratsherr Böhmnn stellt fest, er sei gegen die Umnutzung der Sauna, aber nicht gegen den Standort Thüler Straße. Er fragt weiter, warum man nicht am Galgenberg bauen könnte.

Ratsherr Eilers erinnert daran, dass auch die CDU-FDP-Fraktion diesen Standort abgelehnt hätte.

Ratsherr Böhmnn hakt nach und fragt, ob man am Galgenberg sofort loslegen könnte. Erste Stadträtin Hamjediers erklärt, dass das Vorhaben dort zeitnah realisiert werden könnte, ebenso auf dem Soestenplatz. Für diese zwei Standorte präferiere die Verwaltung Gebäude in Modulbauweise. Diese Bauweise sei kostensicher und relativ schnell umzusetzen. Erste Stadträtin Hamjediers betont, sollte die Variante bei der Tennishalle Zuspruch finden, ein gut versorgtes Quartier gewählt werde. Der Christopherus-Kindergarten habe zurzeit keine Warteliste. Deshalb gebiete es die Fairness, die Kathl. Kirchengemeinde frühzeitig über eine solche Planung zu informieren.

Ratsherr Böhmann findet es nicht gut, wenn der Bau beim Sportplatz der Realschule geplant wird. Er favorisiert den Soestenplatz oder das Baugebiet Galgenberg.

Ratsherr Löschen erkundigt sich, ob der Platz am Galgenberg in städtischer Hand ist.

Bürgermeister Stratmann bestätigt dies. Hier gäbe es bereits einen Interessenten, der dort eine soziale Einrichtung bauen möchte und bereits in der Planung sei.

Ratsherr Wichmann fasst zusammen, dass nur ein Vorschlag der Verwaltung vorliege und dieser von der Mehrheitsfraktion abgelehnt werde. Dieser TOP wäre somit abgehandelt.

Die weiteren Ausführungen des Bürgermeisters seien somit obsolet. Jetzt müsse überlegt werden, wie mit der geänderten Situation umgegangen wird. Dies könne aber nicht in der heutigen Sitzung erfolgen, sondern zu einem späteren Zeitpunkt.

Ratsherr Krone fragt die Erste Stadträtin, ob die Modulbauweise auf beide Grundstücke angewandt werden kann. Erste Stadträtin Hamjediers bejaht diese Frage.

Ratsherr Lamping bedankt sich bei der Verwaltung, für die zusätzliche Auswahl zweier Grundstücke. Da die Ratsmitglieder nicht alle Liegenschaften der Stadt kennen, sei es gut hierüber Informationen zu erhalten.

Es kommt zur namentlichen Abstimmung. Die Protokollführerin Sabine Dedden verliest in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Ratsmitglieder einzeln und nach einander vor und trägt die Ergebnisse wie folgt ein:

Mitglied	Ja	Nein	Enthaltung	
Baran, Eike	x			
Bickschlag, Jonas		x		
Böhmann, Christoph		x		
Bruns, Kerstin		x		
Buhr, Melanie	x			
Buhr de, Heike	x			
Diekhaus, Silke		x		
Eilers, Olaf	x			
Fuhler, Stefan		x		
Garrel von, Marianne		x		
Geuter, Renate	x			
Höffmann, Thomas	x			
Kramer, Bernhard		x		
Krone, Karl-Heinz		x		
Lamping, Matthias Dr.		x		
Langen, Hans		x		
Löschen, Dennis	x			
Lübbbers, Heinz	x			
Preuth, Marlies		x		
Reiners, Christian		x		

Roter, Jan-Gert		x		
Roter, Martin		x		
Schrand, Hubert	x			
Stratmann, Sven	x			
Tameling, Andreas		x		
van de Lageweg, Pia	x			
Wichmann, Bernd		x		
	11	16		

Ratsherr Tameling verlässt die Sitzung nach der Abstimmung um 20:39 Uhr.

Der Rat fasst mehrheitlich in namentlicher Abstimmung folgenden Beschluss:

Der Verwaltungsvorschlag, der Verwaltung den Auftrag die Planungen zum Anbau einer Kindertagesstätte an das aquaferum auszuführen zu erteilen, wird abgelehnt.

**TOP 14 Erweiterung des Kindergartens Don Bosco Friesoythe um eine Kindergarten- und eine Krippengruppe
Vorlage: BV/238/2018**

Die Erste Stadträtin erläutert, dass die Erweiterung des Don Bosco Kindergartens in Anbetracht der Zielvorgabe, Räume für eine Kindergarten- und eine Krippengruppe zu schaffen, sei kostenintensiv werde. Dies sei aber dem ungünstigen Zuschnitt des vorhandenen Gebäudes geschuldet.

Der Rat fasst einen einstimmigen Beschluss:

Der Kindergarten Don Bosco wird um eine Kindergarten- und eine Krippengruppe, inklusive Nebenräume, einen Mensabereich mit Küche sowie einen Personalraum erweitert. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Gestaltung der Außenflächen (verkehrliche Regelungen, Parkplätze) gemeinsam mit dem Architekten zu erarbeiten.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden auf 940.000 € aufgestockt und in den Haushalt 2019 eingestellt.

**TOP 15 Außerplanmäßige Auszahlung - Kauf der Containeranlage an der Heinrich-von-Oytha-Schule
Vorlage: BV/206/2018**

Ratsherr Krone bedankt sich im Namen seiner Fraktion bei der ersten Stadträtin Hamjediers für die schnelle Planung und Umsetzung.

Einstimmig fasst der Rat folgenden Beschluss:

Die außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 140.356,19 € für die Anschaffung der Containeranlage an der Heinrich-von-Oytha-Schule wird gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 16 Vergabe von Straßenbezeichnungen in der Ortschaft Friesoythe
Vorlage: BV/178/2018**

Ratsherr Krone verdeutlicht noch einmal, warum die Stichstraße beim neuen Standort der Polizei insgesamt „Grüner Hof“ heißen soll.

Ratsfrau Geuter schließt sich den Ausführungen an und fügt hinzu, dass man sich bei der nächsten Vergabe von Straßenbezeichnungen mit den Verbänden Heimatverein und evangelischer Kirche verständigen möchte, dem ersten evangelischen Pastor in Friesoythe eine Straße zu widmen.

Der Rat fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die in dem Bebauungsplan Nr. 231 „Mückenkamp“ der Stadt Friesoythe vorgesehene und in dem anliegenden Lageplan in der Farbe „Grün“ dargestellte Planstraße A erhält die Straßenbezeichnung

„Von-Ketteler-Straße“.

Die in dem vorgenannten B-Plan und in dem anliegenden Lageplan in der Farbe „Gelb“ dargestellte Planstraße B erhält die Straßenbezeichnung

„Albert-Schweizer-Straße“.

Die in dem vorgenannten B-Plan und in dem anliegenden Lageplan in der Farbe „Blau“ dargestellte Planstraße C erhält die Straßenbezeichnung

„Pfarrer-Oldenburg-Straße“.

Die in dem vorgenannten B-Plan und in dem anliegenden Lageplan in der Farbe „Rot“ dargestellte Planstraße D erhält die Straßenbezeichnung

„Helene-Holling-Straße“.

Die in dem vorgenannten B-Plan und in dem anliegenden Lageplan in der Farbe „Orange“ dargestellte Planstraße E erhält die Straßenbezeichnung

„Norbert-Bögershausen-Straße“.

Die in dem Bebauungsplan Nr. 143 III „Nordöstliche Entlastungsstraße/Grüner Hof“ der Stadt Friesoythe vorgesehene und in dem anliegenden Lageplan in der Farbe „Gelb“ dargestellte Planstraße erhält die Straßenbezeichnung

„Grüner Hof“

Die in dem Bebauungsplan Nr. 230 „Gewerbegebiet nördlich Kreisverkehrsplatz/Böseler Straße“ der Stadt Friesoythe vorgesehene und in dem anliegenden Lageplan in der Farbe „Gelb“ dargestellte Planstraße erhält die Straßenbezeichnung

„Bürgermeister-Olberding-Straße“.

**TOP 17 Auslaufender Wasserkonzessionsvertrag mit dem Oldenburgisch Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) zum 31.12.2018
Vorlage: BV/207/2018/1**

Ratsfrau Geuter teilt mit, dass dieses Thema bereits intensiv besprochen und beraten wurde. Da man das große Wasserwerk hier direkt vor Ort habe, sei das Interesse der Stadt Friesoythe an einer Mitgliedschaft natürlich vorhanden.

Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Friesoythe beantragt zum 01.01.2019 die Mitgliedschaft für den Trinkwasserbereich beim OOWV und überträgt die Aufgabe Trinkwasserversorgung an den OOWV. Neben der Mitgliedschaft ist ein Begleitvertrag zwischen der Stadt Friesoythe und dem OOWV abzuschließen. Dieser Vertrag enthält Regelungen im Zusammenhang mit dem Beitritt der Stadt zum OOWV.

TOP 18 Erschließungsplanung für die Erschließung eines Teilbereiches des Bebauungsplangebietes Nr. 106 "Edewechterdamm" der Stadt Friesoythe
Vorlage: BV/217/2018

Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die vom Ingenieurbüro Thalen Consult, Neuenburg, erstellte und in der Sitzung vorgestellte Erschließungsplanung für die Erschließung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes Nr. 106 „Edewechterdamm“ der Stadt Friesoythe wird hiermit beschlossen.

TOP 19 Neugestaltung des Ehrenmales (Gedenkstätte) Bahnhofstraße/Ecke Straße "Am Bahnhof"
Vorlage: BV/222/2018

Ratsfrau Geuter bedankt sich beim Arbeitskreis für die geleistete Arbeit. Ratsherr Bickschlag kann sich nur anschließen und bedankt sich ebenfalls ausdrücklich für die geleistete Arbeit.

Der Rat beschließt einstimmig folgenden Beschluss:

Das Ehrenmal an der Bahnhofstraße/Ecke Straße „Am Bahnhof“ wird, wie in der Sitzung vorgestellt, umgestaltet. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag auf LEADER-Förderung zu stellen.

Weiter wird die Verwaltung beauftragt, die weiteren erforderlichen Aufträge zur Verwirklichung des Projektes zu vergeben.

TOP 20 Satzungsbeschluss zur Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 225 "Interkommunaler Industriepark Küstenkanal - c-port Ost" im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch
Vorlage: BV/224/2018

Der Rat beschließt einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 225 „Interkommunaler Industriepark Küstenkanal – c-port Ost“ eingegangenen Anregungen werden entsprechend den in der Anlage zum Protokollbuch aufgeführten Abwägungsvorschlägen entschieden. Die wiedergegebenen Abwägungsüberlegungen macht sich der Rat zu Eigen.
2. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 225 „Interkommunaler Industriepark Küstenkanal – c-port Ost“ wird hiermit als Satzung beschlossen. Ebenfalls wird die Begründung beschlossen.

TOP 21 Satzungsbeschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 232 "Interkommunaler Industriepark Küstenkanal c-port zwischen B 72 und K 343" der Stadt Friesoythe
Vorlage: BV/225/2018

Bürgermeister Stratmann weist darauf hin, dass der 2. Punkt zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Rechtskraft erwirken soll. Die nächste Sitzung vom C-Port werde in Kürze erfolgen und dort werde die Angelegenheit dann auch diese Angelegenheit beraten.

Der Rat beschließt einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 232 „Interkommunaler Industriepark Küstenkanal c-port zwischen B 72 und K 343“ eingegangenen Anregungen werden entspre-

- chend den in der Anlage zum Protokollbuch aufgeführten Abwägungsvorschlägen entschieden. Die wiedergegebenen Abwägungsüberlegungen macht sich der Rat zu Eigen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 232 „Interkommunaler Industriepark Küstenkanal c-port zwischen B 72 und K 343“ der Stadt Friesoythe wird hiermit als Satzung beschlossen. Ebenfalls wird die Begründung beschlossen.

TOP 22 Innenstadtsanierung - Fortschreibung des Kosten- und Finanzierungsrahmens
Vorlage: BV/227/2018

Ratsfrau Geuter teilt mit, dass der Fachausschuss sich dafür ausgesprochen hat, dass die verkehrlichen Maßnahmen abgeschlossen werden sollten.

Der Rat beschließt einstimmig folgenden Beschluss:

Die Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Stadtsanierung Friesoythe wird gemäß Anlage zur BV 227/2018 fortgeschrieben.

TOP 23 Satzung der Stadt Friesoythe über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Kindertagesstättenplätzen
Vorlage: BV/229/2018

Ratsherr Krone freut sich sehr, dass die Eltern eine finanzielle Entlastung erfahren.

Der Rat beschließt einstimmig folgenden Beschluss:

Die Satzung der Stadt Friesoythe über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Kindertagesstättenplätzen wird in anliegender Fassung beschlossen.

TOP 24 Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe Stadt Friesoythe GmbH 2015
Vorlage: WB/028/2018

Ratsfrau Geuter weist darauf hin, dass man bereits aus den Berichten erkennen könne, dass die finanzielle Situation dringend besprochen werden müsse.

Der Rat beschließt einstimmig folgenden Beschluss:

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 wird wie vorgestellt festgestellt. Der Verlust in Höhe von 116.297,86 Euro wird dem Eigenkapital angerechnet. Die Gesellschafterversammlung und der Rat der Stadt Friesoythe werden weiter gebeten, dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen.

TOP 25 Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe Stadt Friesoythe GmbH 2016
Vorlage: WB/029/2018

Der Rat beschließt einstimmig folgenden Beschluss:

Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 wird wie vorgestellt festgestellt. Der Verlust in Höhe von 153.601,89 Euro wird dem Eigenkapital angerechnet. Die Gesellschafterversammlung und der Rat der Stadt Friesoythe werden weiter gebeten, dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen.

TOP 26 weitere gutachterliche Stellungnahme zum Saunabetrieb im Aquaferrum
Vorlage: WB/032/2018

Ratsherr Krone spricht die zwei Gutachten an, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Er befürwortet die Schließung der Sauna.

Ratsfrau Geuter teilt mit, dass im Aufsichtsrat ein einstimmiger Beschluss gefasst worden ist.

Ratsherr Baran erinnert an das Risiko, welches mit dem Weiterbetrieb der Sauna verbunden wäre.

Bürgermeister Stratmann stellt fest, dass es wenig zielführend wäre, den Verkauf europaweit auszuschreiben.

Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Entscheidung zur Saunaschließung wird bestätigt. Die Geschäftsführerin wird gebeten, den Verkauf des Inventars zu initiieren. Weiter wird die Geschäftsführerin beauftragt, eine Umnutzung der Außensauna als integraler Teil des Allwetterbades vorzubereiten und die Installation einer Dampfsauna in der Schwimmhalle zu prüfen und vorzubereiten.

TOP 27 Bericht der Vertreter der Stadt aus den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungsgesellschaften, aus Verbänden und Organisationen

Bericht der Vertreter der Stadt aus den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungsgesellschaften, aus Verbänden und Organisationen:

- **Wirtschaftsbetriebe Stadt Friesoythe GmbH**
Die relevanten Themen aus dem Aufsichtsrat wurden in der heutigen Ratssitzung beschlossen.
- **Zweckverband IIK und der c-Port-Hafen-Besitz GmbH**
Die Sitzung steht in Kürze an.
- **Friesoyther Eisenbahngesellschaft mbH**
Es hat keine Sitzung stattgefunden. Es wird nachgefragt, ob die Asbestsanierung bereits angelaufen sei; dieses wird bejaht.
- **Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für den Landkreis Cloppenburg mbH**
Ratsherr Krone möchte in diesem Kreise noch einmal ansprechen, dass er keine Einladung zur Versammlung erhalten hat.
Die Erste Stadträtin erklärt, dies sei schon in der letzten Ratssitzung thematisiert worden.
- **Zweckverband "Erholungsgebiet Thülsfelder Talsperre"**
Es hat keine Sitzung stattgefunden.
- **Kreismusikschule Cloppenburg e.V.**
Es hat keine Sitzung stattgefunden.
- **Landschaftsversammlung der Oldenburgischen Landschaft**
Es hat keine Sitzung stattgefunden.
- **Heimatbund für das Oldenburger Münsterland**
Es hat keine Sitzung stattgefunden.
- **Ems-Dollart-Region EDR**
Es hat keine Sitzung stattgefunden.
- **Ring der europäischen Schmiedestädte**
Im Oktober findet eine Sitzung statt.

- **Arbeitsgruppe des Kindergartens St. Monika in der Ortschaft Gehlenberg**
Es hat keine Sitzung stattgefunden.
- **Wasserverband "Hümmling"**
Es hat keine Sitzung stattgefunden.
- **Gremien des Nds. Städte- und Gemeindebundes**
Es hat keine Sitzung stattgefunden.
- **Förderverein St. Marien-Hospital**
Es hat keine Sitzung stattgefunden.

TOP 28 Anfragen und Hinweise der Einwohner

Es gibt keine Anfragen von den Gästen.

TOP 29 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Ratsherr Böhmann fragt an, ob die Angelegenheit der Schützenbruderschaft Markhausen schon bearbeitet wurde. Erste Stadträtin Hamjediers berichtet, dass das Anliegen dem zuständigen Fachbereich weitergeleitet worden ist.

Ratsfrau Diekhaus fragt nach, ob die nicht vorhandene Lampe vor der Kirche in Gehlenberg bereits in Augenschein genommen wurde. Erste Stadträtin Hamjediers teilt mit, dass sie die Angelegenheit ebenfalls bereits dem zuständigen Fachbereich weitergeleitet hätte.

Ratsfrau Bruns teilt mit, dass es eine unübersichtliche Rechtskurve in der Herzogstraße in Neuvrees gibt. Sie fragt an, ob die untere Straßenbehörde sich dies in Augenschein nehmen könnte.

Ratsvorsitzende Preuth merkt nochmals an, dass die Straßenbeschilderung bei der Grundschule in Thüle noch nicht geändert wurde. Fachbereichsleiterin Brunemund-Rumker verweist diesbezüglich auf die Sitzung der Verkehrskommission am 26.09.2018. Dort werde unter anderem diese Angelegenheit beraten.

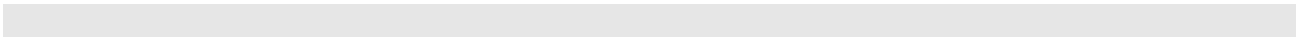
Ratsherr Bickschlag erkundigt sich, warum die Schilder „Jugendzentrum Wasserturm“ entfernt worden sind. Er habe zufällig gesehen, dass die Schilder beim Bauhof liegen. Bürgermeister und erste Stadträtin wissen beide nicht, warum diese Schilder entfernt worden sind.

(Anmerkung zum Protokoll: Nach Auskunft des Jugendpflegers Herrn Wekenborg wurden die Schilder entfernt, da sie sich in einem Sichtdreieck befanden. Sie sollen im Rahmen der Umgestaltung des Außengeländes wieder aufgestellt werden und befinden sich aus diesem Grunde zur Vorbereitung auf dem Bauhof.)

Ratsherr Böhmann merkt an, dass er mehrere Anfragen über Ratsanfragen per mail an die Verwaltung geschickt hat. Erste Stadträtin Hamjediers teilt hierzu mit, dass die Anfragen in Bearbeitung sind.

Ratsherr Martin Roter fragt zum Baugebiet in Thüle bezüglich des Straßenausbaus an, ob hier noch Vorplanungen getroffen werden. Erste Stadträtin Hamjediers teilt mit, dass diese Planungen noch stattfinden werden. Im ersten Baugebiet seien noch nicht alle Grundstücke verkauft. Für das zweite Baugebiet gäbe es bereits Interessenten. Die Planung sei für 2019 geplant.

Ende des öffentlichen Teils um 21:10 Uhr – kleine Pause -



Ende der Sitzung: 21.39 Uhr

Marlies Preuth
Ratsvorsitzende

Sven Stratmann
Bürgermeister

Sabine Dedden
Protokollführerin